

Prävention und Friedensförderung in Zeiten von Shrinking Space

Die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Aktivist*innen und Organisationen schwinden weltweit. Folglich ist auch das zivilgesellschaftliche Engagement für Prävention und Friedensförderung in Zeiten von *shrinking* und *closing civic spaces* nur mit erheblichen Einschränkungen umzusetzen.

Für international engagierte Regierungen und Geber sowie international arbeitende staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in den Bereichen Frieden und Entwicklung ist es zunehmend schwierig, mit lokalen zivilgesellschaftlichen Partnern zusammenzuarbeiten, manchmal gar unmöglich. Auch deutsche Akteure stehen in der Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partner*innen vor Herausforderungen.

Der Diskurs zu *shrinking* und *closing space* ist bisher größtenteils menschenrechts- und demokratiepolitisch geprägt. Das Briefing „Prävention und Friedensförderung in Zeiten von Shrinking Space“ bringt Erfahrungen und Ansätze aus der Friedensförderung und Konflikttransformation in

diesen Diskurs mit ein. Dabei werden Zusammenhänge und Wechselwirkungen von *shrinking space* und Prävention, Konflikttransformation und Post-Konfliktsituationen in den Fokus gerückt, um der Frage nachzugehen, wie zivilgesellschaftliches Engagement in diesen Bereichen geschützt und erweitert werden kann.

Zivilgesellschaft: Relevanz und Rolle für Frieden und Entwicklung

Die **deutsche Bundesregierung** beschreibt in den im Juni 2017 beschlossenen **Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“**, die Zivilgesellschaft als unverzichtbaren Partner für das Engagement der Bundesregierung zur Förderung des Friedens. Auch internationale Dokumente wie die **Agenda 2030** und die **Erklärung von Busan** aus dem Jahr 2011 unterstreichen die Relevanz der und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

1. Shrinking Space als Herausforderung für Friedensförder*innen

Die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Aktivist*innen und Organisationen schwinden weltweit. Für viele zivilgesellschaftliche Akteure bedeuten *shrinking* und *closing spaces* oftmals nicht nur Einschränkungen ihrer Arbeit durch rechtliche und bürokratische Hürden wie Anti-Terror- und restriktive NGO-Gesetze, Überwachung, ge-

spernte Projektkonten und Arbeits- und Reiseverbote, sondern häufig auch öffentliche Diffamierung und Stigmatisierung, Einschüchterung und Kriminalisierung bis hin zu persönlicher Bedrohung, Verhaftung und Ermordung.

Eingeschränkt werden insbesondere diejenigen, die die Macht politischer und wirtschaftlicher Eliten in Frage stellen, Teilhabe, Demokratie und Menschenrechte einfordern, ungleiche

Inhalt

1.	Shrinking Space als Herausforderung für Friedensförder*innen	1
2.	Der Nexus von Zivilgesellschaft, politischer Teilhabe und Friedensförderung	2
3.	Langfristige Auswirkungen auf Prävention und Friedensförderung	4
4.	(Un-) Beteiligte Dritte – externe Akteure	5

Macht- und Ressourcenverteilung hinterfragen oder sich für die gewaltfreie Transformation von Konflikten einsetzen. Damit bildet das Engagement für Prävention und Friedensförderung keine Ausnahme und steht ebenfalls unter Druck, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Seit Unterzeichnung des Friedensvertrages im November 2016 wurden in **Kolumbien** 328 Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen ermordet und viele weitere bedroht. Das Ziel: Den mit dem Friedensvertrag eingeschlagenen Weg der friedlichen und rechtsstaatlichen Konflikttransformation zu unterminieren und zivilgesellschaftliche Teilhabe einzuschränken.

In **Ägypten** führte die Regierung 2015 ein neues Anti-Terrorgesetz ein, um – ausgestattet mit vagen Formulierungen – willkürlicher gegen Kritiker*innen und Oppositionelle vorgehen zu können. Auch die Pressefreiheit wurde eingeschränkt, NGO-Gesetze verschärft und die Bank-

konten von ägyptischen Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen eingefroren. Dies setzt ägyptische Nichtregierungsorganisationen immer weiter unter Druck. So schlossen im Februar 2017 die ägyptischen Behörden das „El Nadeem Centre for the Rehabilitation for Victims of Violence and Torture“, das sich für die Dokumentation und Beratung von Opfern staatlicher Gewalt unter Folter eingesetzt hatte. Um auf den *shrinking space* in Ägypten aufmerksam zu machen, würdigte 2018 die deutsche Sektion von Amnesty International die Arbeit des El Nadeem-Zentrums und ihren Einsatz für Menschenrechte mit dem Menschenrechtspreis.

Auch Initiativen im Kontext der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die im Bereich der Friedensförderung arbeiten, sind von *shrinking spaces* betroffen. Ein Beispiel dafür ist das in den **Niederlanden** ansässige Women Peacemakers Program (WPP). Nach 20 Jahren Engagement im Bereich Frieden, Frauen und Sicherheit musste es seine Arbeit im Dezember 2017 einstellen. Die Akquise von finanziellen Ressourcen, Restriktionen von Finanztransfers und ein umfangreiches Berichtswesen hatte die politische Arbeit unmöglich gemacht.

den, Frauen und Sicherheit musste es seine Arbeit im Dezember 2017 einstellen. Die Akquise von finanziellen Ressourcen, Restriktionen von Finanztransfers und ein umfangreiches Berichtswesen hatte die politische Arbeit unmöglich gemacht.

Anti-Terrormaßnahmen schaden der Zivilgesellschaft

[The impact of international counter-terrorism on civil society organisations](#)
Brot für die Welt | April 2017

Einschränkungen in fünf Kategorien systematisch erfassen

- Physische Bedrohung und Einschüchterung, bis hin zu Gewalt;
- Kriminalisierung;
- Administrative Hürden, z. B. restriktive NRO-Gesetzgebungen, Regulierung von ausländischer Finanzierung;
- Stigmatisierung und Diffamierung;
- Raum für Dialog und Konsultationen wird eingeschränkt, z. B. durch Kooptation, Zugangsbeschränkungen, Scheinkonsultation.

[Supporting civil society under pressure – lessons from natural resource exploitation](#)
Heinrich-Böll-Stiftung | Juni 2017

2. Der Nexus von Zivilgesellschaft, politischer Teilhabe und Friedensförderung

Zivilgesellschaft ist heterogen: Wurzeln, Verfasstheit, Kapazitäten, Zielsetzungen und Ausrichtung können sehr unterschiedlich sein. Insbesondere in fragilen, autoritären und von Konflikten betroffenen Kontexten, zeigt sich oftmals eine Fragmentierung der Zivilgesellschaft entlang von Konfliktlinien. Differenzen und Machtverhältnisse zueinander spiegeln dies. In Post-Konfliktsituationen müssen sich zivilgesellschaftliche Akteure, Netzwerke und Strukturen häufig erst (wieder) etablieren und Vertrauen aufbauen.

Lage der Zivilgesellschaft

[Atlas der Zivilgesellschaft](#)

Brot für die Welt | Januar 2018

[CIVICUS Monitor](#)

CIVICUS I 2017

[Closing Space and Fragility](#)

Thomas Carothers | Fragility Study Group | Policy Brief No. 5 | October 2016

Hierbei ist die Komplexität und Pluralität von Zugängen, Reichweite, Netzwerken und Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Akteure enorm wichtig. Sie speisen das transformative, friedensfördernde und progressive Potenzial der Organisationen. Sie können sich in Konflikten für Dialog einsetzen, den Dialog zwischen den Konfliktparteien faszilitieren, zur Inklusion in Friedensprozessen und Friedensverhandlungen beitragen, für Frieden und den Schutz der Menschenrechte eintreten, Menschenrechtsverletzungen und die Umsetzung von Vereinbarungen beobachten, über Projekte in die Friedensbildung investieren und Versöhnungsinitiativen unterstützen.

Wenn diese Beiträge zur Konflikttransformation aufgrund der Einschränkungen der Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft fehlen, hat dies direkte Auswirkungen auf Prävention und Friedensförderung:

- **Prävention der gewaltsamen Austragung von Konflikten wird behindert:** Wenn zivilgesellschaftliches Engagement aus dem öffentlichen und politischen Raum gedrängt wird und sich die Räume für Artikulation und Teilhabe an politischen Aushandlungsprozessen schließen, werden auch die Möglichkeiten gesellschaftliche Konflikte friedlich zu regeln, begrenzt;
- **Klima der Gewalt wird begünstigt:** Diffamierung und Stigmatisierung bereiten den Weg für Hetze und Hassreden, zeichnen Feindbilder und senken so mitunter die Schwelle zur tätlichen Gewalt. Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Akteure, denen durch Verleumdungen die gesellschaftliche und politische Unterstützung entzogen wurde, sind Angriffen schutzloser ausgeliefert und können weniger auf breite Solidarität und Zivilcourage zählen;
- **Die Androhung und Anwendung von Gewalt wirkt als Zensur:** In Kontexten, in denen die Androhung und Anwendung von Gewalt wie Entführung, Anschläge oder Folter regelmäßig vorkommen und Todeslisten geführt werden, sind zivilgesellschaftliche Akteure nicht frei, Menschenrechtsverletzungen offen anzuzeigen oder für alternative politische Zugänge und Themen einzutreten. Zivilgesellschaftliche Akteure werden sich jeden Schritt genau überlegen müssen und im Sinne der eigenen Unversehrtheit nicht jeden Schritt wagen können;
- **Ein hohes Gewaltniveau schafft dort „No-go-Areas“, wo Engagement dringend benötigt wird:** Insbesondere in von Gewaltkonflikten geprägten Kontexten wie auch in Ländern mit einem hohen Gewaltniveau und einem hohen Maß an Straflosigkeit, entwickeln sich „No-go-Areas“, in denen staatliche Akteure kaum agieren können und zivilgesellschaftliches Engagement notwendig wäre;
- **Weniger friedensfördernde Vorhaben und Projekte:** In vielen Ländern wird es für zivilgesellschaftliche Akteure schwieriger, ausländische Mittel auch für friedensfördernde Vorhaben und Projekte zu erhalten. Wenn über die selektive Reglementierung ausländische Finanzierungs- und Projektvorhaben verunmöglicht werden, weil sie ungeliebte Wahrheiten adressieren, steht sie beispielsweise einer gerechten Vergangenheitsaufarbeitung oder der Umsetzung der Agenda 1325 im Wege.

Kernpunkte friedenspolitischer Prozesse - Dialog, Inklusivität, Teilhabe, und Verantwortlichkeit – kaum einzulösen

Wo Zivilgesellschaft eingeengt oder instrumentalisiert wird, wird eine selbstbestimmte, konstruktive und kritische Beteiligung an und Begleitung von politischen Prozessen durch zivilgesellschaftliche Akteure, wie Friedens- Wiederaufbau- oder Versöhnungsprozesse, verunmöglicht.

3. Langfristige Auswirkungen auf Prävention und Friedensförderung

Internationale Dokumente wie die Agenda 2030 und die Erklärung von Busan aus dem Jahr 2011 unterstreichen völlig zu Recht die Relevanz der Zivilgesellschaft. Auch die deutsche Bundesregierung beschreibt in den im Juni 2017 beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, die Zivilgesellschaft als unverzichtbaren Partner für das Engagement der Bundesregierung zur Förderung des Friedens. Internationale Agenden als auch nationale Leitlinien lassen sich jedoch kaum erfüllen, wenn Zivilgesellschaft aufgrund von Druck und Einschränkung ausgeschlossen ist.

Umsetzung der Agenda 2030 ohne Zivilgesellschaft nicht denkbar

Die Zivilgesellschaft nimmt bei der Umsetzung der Agenda 2030 wichtige Funktionen ein. Doch keines der Ziele kann erreicht werden oder nachhaltig wirken, wenn der Raum für Zivilgesellschaft eingeschränkt wird.

[Shrinking Space for Civil Society – Challenges in Implementing the 2030 Agenda](#)
ForumSYD | 2017

Weniger Handlungsspielraum heißt weniger Friedensförderung

Zivilgesellschaftliche Akteure sind als Betroffene herausgefordert, sich mit den Einschränkungen und Repressionen auseinanderzusetzen. Sie müssen die Ursachen und (Wechsel-) Wirkungen analysieren, um einen Umgang und Gegenstrategien finden zu können. Mitunter gilt es, rechtlichen oder gar physischen Schutz zu organisieren. Den Schutz und die Widerstandsfähigkeit aufzubauen und zu erhalten kostet vor allem eines: Kapazitäten und Ressourcen. Zivilgesellschaftliche Akteure sind in Zeiten von Repression und Einschränkungen so oft weniger in der Lage, sich auf das eigentliche Mandat und Aufgabengebiet zu konzentrieren und sich für innovative, kreative und nachhaltige Ideen und Formate der Friedensförderung zu engagieren.

Neben dem Risikomanagement gerät die Risikominderung – in Zeiten von Repression und Druck aktiv für den Schutz und die Erweiterung des Handlungsspielraums einzutreten – aus dem Fokus. Somit führt *shrinking space* dazu, dass zivilgesellschaftliche Akteure ihrer eigentlichen Arbeit kaum noch nachgehen können. Dann haben ihre Widersacher ihr Ziel, friedenspolitisches Engagement einzuschränken, erreicht.

Isolation statt Dialog und Kooperation

Die Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume wirken sich auch auf die internationale Zusammenarbeit aus. Spielräume für externe Akteure – sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche – werden kleiner. Durch ein restriktives Umfeld leidet zum einen die Zusammenarbeit oder Konsultationen mit lokalen zivilgesellschaftlichen Partner*innen, die ein wichtiger Bestandteil entwicklungs- und friedenspolitischer Arbeit sind. Zum anderen sind internationale, insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure administrativen und politischen Auflagen (Visa-, Aufenthalts- und Zugangsbeschränkungen) unterworfen, die dazu führen, dass Vorhaben und Projekte nicht umgesetzt werden können. Teilweise wird Akteuren und Projekten nahegelegt, ihre Arbeitsschwerpunkte auf weniger „politische“ Bereiche zu verlegen. In drastischen Fällen müssen internationale Akteure das Engagement in einem Land einstellen. Der internationale Austausch leidet aber auch in entgegengesetzter Richtung. Einige Regierungen verhängen gezielt Reisesperren für zivilgesellschaftliche Aktivist*innen und behindern so den kritischen Meinungs austausch über Grenzen hinweg. Durch Reisesperren und Drohungen werden Dialog, Austausch, Allianz bildung und Advocacy auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene untergraben und die Isolation gepflegt.

Fehlende Pluralität und Vertrauen: Mangelnde Legitimität politischer Prozesse

Nachhaltige Friedensförderung und Prävention sind ohne die Determinanten Legitimität, Vertrauen, Pluralität und Inklusivität nicht zu denken. Konstruktive Beziehungen sind ein wichtiges

Element im Zusammenspiel von Staat, Zivilgesellschaft und Gesellschaft. Vertrauen ist dabei ein Schlüsselfaktor, um Herausforderungen und Konflikte konstruktiv adressieren und bearbeiten zu können. Ein Gewaltkonflikt tendiert jedoch dazu, die Gesellschaft zu polarisieren. Insbesondere in fragilen und (post-) konfliktiven Kontexten herrscht oftmals Misstrauen gegenüber der Politik sowie zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren. Nach Kriegen und Gewalterfahrungen müssen Vertrauen und Beziehungen neu aufgebaut und erarbeitet werden. Durch die Förderung von Dialog und Austausch können zivilgesellschaftliche Akteure hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Brücken werden eingerissen

Shrinking spaces beeinträchtigt gleichsam Beziehungen unter zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Gesellschaft wie auch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und führt zum Verlust eines politischen Akteurspektrums auf nationaler, regionaler oder internationaler Ebene.

Aufgrund von *shrinking* und *closing spaces*, können zivilgesellschaftliche Akteure diese Funktion jedoch kaum noch übernehmen. Ihre Teilhabemöglichkeiten an politischen Prozessen werden verschlossen. Lokalen Friedensförder*innen wird oftmals von allen Seiten misstraut: Einerseits erregt die Zusammenarbeit mit Regierungen Misstrauen bei der politischen Opposition und bei Aktivist*innen. Andererseits nehmen Regierungen zivilgesellschaftliche Friedensförder*innen als Agenten der Opposition wahr. Gesät wird Misstrauen und Spaltung, wo Vertrauen und konstruktive Staat-Gesellschafts- sowie innergesellschaftliche Beziehungen dringend gebraucht würden. Durch Diffamierung und Stigmatisierung

zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen soll das Vertrauen der Bevölkerung in ziviles Engagement entzogen werden. Engagieren können sich dann nur jene Organisationen, die nicht von den Stigmatisierungen und (bürokratischen und administrativen) Einschränkungen betroffen sind – auf Kosten von Pluralismus und Inklusivität. Damit wird der Aufbau einer sozialen Basis, ein Kernpunkt der Präventions- und Friedensarbeit zum Umgang mit divergierenden Gruppenidentitäten, erschwert.

Ohne die substantielle und inklusive Teilhabe von Zivilgesellschaft leidet die Legitimität politischer Prozesse – lokal, national wie international. Der Verlust von (zivilgesellschaftlicher) Pluralität bedeutet daher ein Verlust an innovativer und kreativer Kraft für Friedensförderung und Prävention.

4. (Un)Beteiligte Dritte – externe Akteure

Externe Akteure haben Einfluss auf die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort – bewusst und unbewusst, indirekt oder direkt, positiv wie negativ. Viele externe Akteure setzen sich für den Schutz und die Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume ein und formulieren entsprechende Strategien. Doch um zivilgesellschaftliches Engagement besser schützen und erweitern zu können, sollten Lücken geschlossen und weitere Potenziale entfaltet werden.

Kohärentes Handeln ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Auch Staaten wie Deutschland üben Einfluss auf die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume in anderen Ländern aus. Der Umfang dieses Einflusses ist den Akteuren nicht immer umfassend bewusst. So kann sich das (internationale) Agieren deutscher Ressorts, wie Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Umwelt-, Wirtschafts- oder Handelspolitik, auf die Situation der Zivilgesellschaft im Zielland potentiell auswirken. Ein erster wichtiger Schritt wäre, diese Verantwortung wahrzunehmen und die Auswirkungen des eigenen Handelns auf zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume zu überprüfen. Ein zweiter Schritt wäre eine kohärente Politik, die den Schutz der Zivilgesellschaft systematisch in alle Ressorts integriert – und nicht an einige Ressorts delegiert.

Externe Akteure können Verantwortung übernehmen

Um die Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft im Bereich der Prävention und Friedensförderung gezielt zu schützen und zu erweitern, sind darüber hinaus für international engagierte staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure folgende Punkte relevant:

- **„Do No Harm“ (DNH)-Perspektive weiter stärken und erweitern:** Das internationale Engagement in (Post-) Konfliktkontexten sollte die Auswirkungen von *shrinking spaces* auf lokale zivilgesellschaftliche Akteure sowie auf die Arbeitsrealitäten ziviler Friedensakteure in den Blick nehmen;
- **Schutz- und Widerstandsfähigkeit von Zivilgesellschaft unter Druck stärken:** Unter Druck stehende zivilgesellschaftliche Aktivist*innen müssen sich Schutz organisieren und Raum für langfristige Gegenstrategien schaffen. In fragilen und von Gewaltkonflikten geprägten Kontexten sind staatliche Institutionen oft geschwächt. Strategien gegen die Einschränkungen der Zivilgesellschaft vorzugehen, können sich in diesem Fall weniger auf juristische und rechtliche Akteure und Verfahren verlassen. Es hat sich gezeigt, dass ein hoher gesellschaftlicher Rückhalt zur Resilienz von Organisationen beiträgt. Dennoch: Konkreter Schutz muss gewährleistet sein. Es braucht sowohl Bedarfs- und Risikoanalysen, als auch Monitoring – und dafür eingeplante Zeit – sowie ein Risikomanagement, welches Unterstützung für rechtlichen oder gar physischen Schutz bietet und eine Risikominderung, die aktiv und innovativ für Schutz eintritt;
- **Förderpraktiken den Realitäten anpassen:** Förderpraktiken sind den Bedarfen und Notwendigkeiten, die sich in Zeiten von *shrinking* und *closing spaces* zeigen, (noch) nicht gewachsen. Um den veränderten Kontextbedingungen gerecht zu werden, sollten Förderstrukturen/-voraussetzungen und Finanzierungsmöglichkeiten flexibler werden – von einer ein- bis dreijährigen Projektlaufzeit hin zu langfristiger institutioneller Förderung. Zudem sollte die Projektförderung Raum und Zeit für strategische Anpassung und Neuorientierung ermöglichen. Projektanforderungen, wie die Nennung politischer Ziele, die Einhaltung formaler Kooperationsrahmen oder hoher administrativer Standards können in kritischen Kontexten kontraproduktiv sein oder nicht erfüllt werden. Eine geringere Formalisierung und Sichtbarkeit des Projekts sowie geringeres Exponieren der eigenen Partner können hier unterstützend wirken;
- **Für wirksame Teilhabe von Zivilgesellschaft eintreten:** Dies kann gelingen, wenn die Beziehungen unter zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Gesellschaft wie auch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gefördert werden. Zudem sollte Vielfalt von zivilgesellschaftlichem Engagement – von formal verfassten bis hin zu non-formalen Akteuren – unterstützt werden;
- **Den Blick für neue Partnerschaften öffnen:** Das breite Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure sollte stärker in den Blick genommen und auch Akteure jenseits der organisierten Zivilgesellschaft einbezogen werden. Um zivilgesellschaftliche Pluralität zu stärken, sollte das Friedenspotential zivilgesellschaftlicher Akteure und weniger ihr Grad an Neutralität für neue Partnerschaften ausschlaggebend sein. So kann der Bildung von „Gatekeeper-NGOs“, die Kontakte und Informationen monopolisieren sowie Transparenz und Inklusivität von Friedensprozessen erschweren, entgegengewirkt werden.

Die Rolle externer Akteure

[Einschränkung des Handlungsspielraums: Die Rolle der externen Akteure](#)

Anja Justen und Claudia Rolf | KOFF Newsletter No. 145 | Mai 2016

[Diskussionspapier „Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr“](#)

Brot für die Welt, Konsortium ZFD, Misereor und weitere | Dezember 2016

Der Druck auf zivilgesellschaftliche Aktivist*innen und Organisationen ist in vielen Ländern enorm hoch, mitunter lebensgefährlich. Ob Zivilgesellschaft ihre Potenziale für Frieden und Entwicklung entfalten und politische Teilhabe ausgestalten kann, ist eng mit Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln verknüpft. Vor allem Staaten können – wenn sie den notwendigen politischen Willen aufbringen und wechselseitig lokale Realitäten und nationale, regionale und globale Ebenen und politische Prozesse miteinander in Verbindung bringen – die Rahmenbedingungen in ein „enabling environment for civil society“, ein förderliches Umfeld für Zivilgesellschaft, transformieren und den Repressionen Einhalt gebieten. Nur so lassen sich die in der Agenda 2030 formulierten Prinzipien und Ziele erfüllen.

Derzeit mangelt es jedoch an solch einem systematischen politischen Willen. Umso wichtiger ist es, die Zusammenhänge zwischen Rolle, Unterstützung und Einfluss externer politischer Akteure und Geber auf den Handlungsspielraum friedensfördernder Zivilgesellschaften zu reflektieren und Schutz und Widerstandsfähigkeit dieses zivilen Friedenspotenzials so weit wie möglich zu unterstützen.

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

c/o GIZ, Friedrich-Ebert-Allee 36

53113 Bonn

Tel. +49-228-4460-3583

Fax. +49-228-4460-22-3583

info@frient.de

www.frient.de

ISSN: 1861-8634

V.i.S.d.P.: Natascha Zupan

Redaktion: Elsa Benhöfer

Autorinnen: Anja Justen und Claudia Rolf

Die Inhalte geben die Meinung der Autorinnen und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitglieder wieder.